

Stephan Schimmelpfennig

## **It's the economy, stupid. – Es ist die Wirtschaft, Dummerchen.**

(Wahlkampagne Bill Clinton <https://www.diepresse.com/1308933/its-the-economy-stupid-ein-spruch-macht-geschichte>)

### **Anmerkungen zum Verhältnis von Ökonomie und Bildungswesen in post-fordistischen Gesellschaften.**

In meinem Text „Digitale schwarze Pädagogik. Der Computer als Kontroll- und algorithmisches Steuersystem der Gesellschaft“, hatte ich ausgeführt, dass wir gegenwärtig vor der unheilvollen Alternative einer konzern gelenkten, algorithmisierten Schule, die der Ausrichtung der Lernenden auf die Bedarfe von Unternehmen dient, oder einer unterfinanzierten, staatlichen Schule, die ihren postulierten Ansprüchen nach humaner Menschenbildung und Chancengleichheit nicht nachkommt bzw. nicht nachkommen kann, stehen.

Im Folgenden sollen Aspekte der finanziellen Ursachen und die dahinterliegende Ökonomie aufgezeigt werden.

Dass der derzeitige **Zustand der Schulen** gemessen am Möglichen unhaltbar ist, kann nicht bezweifelt werden und wird nur noch mit einem Überengagement von Eltern, Lehrern und Erziehern am Rande der psychonervalen Überlastung kompensiert. Es gibt mittlerweile viele Klagen und Zustandsberichte, die aber keine verbessernde Wirkung zur Folge haben. Das geht von "Achtsam zum Burnout" (Wurzbacher), Mehrarbeit, größere Klassen, Hybridunterricht, Reaktivierung von Pensionären bis hin zu dauernden Klagen von Eltern und Lehrern, die kaum einer mehr hören will.

Die „Empfehlungen“ einer Kommission der Kultusminister, wie dem historischen Engpass bei Pädagogen zu begegnen sei, sorgen für Entsetzen bei Gewerkschaften und Bildungsverbänden. Das Gremium tischt so ziemlich alle Fehler der Vergangenheit als Rezept für die Zukunft auf. „Die Therapie ist krank, macht krank und kann nur nach hinten losgehen.“

(<https://www.nachdenkseiten.de/?p=93325>)

Außerdem gilt „Im Schulsystem gibt es einen doppelten Investitionsstau. Zum einen müssen neue Schulen gebaut werden. Es fehlen auch Sporthallen und Schwimmbäder. Rechnet man mit etwa 25 bis 50 Millionen Euro für eine neue Schule, ließen sich mit den Intel-Milliarden (*gemeint ist die staatl. Subvention zum Bau einer Chipfabrik in Magdeburg, SK*) 200 bis 400 neue Schulen bauen. „Zum anderen müssen bestehende Schulen saniert, renoviert oder modernisiert werden. Die Förderbank KfW sieht einen Bedarf von 45 Milliarden Euro, um die Schulen auf einen modernen Stand zu bringen. Zehn Milliarden Euro seien dafür allein in Nordrhein-Westfalen nötig.“

(<https://www.businessinsider.de/wirtschaft/intel-chipfabrik-magdeburg-10-milliarden-subvention-das-koennte-staat-mit-geld-alles-machen/>)

### **Bildungsbegriff**

Es gilt ein „kompetenzorientierten Bildungsbegriff“, der eigentlich nichts anderes beinhaltet als die Ausbildung von Fachidioten, die im „Rahmen der Ziele“ der Unternehmen auf Staatskosten ausgebildet werden sollen, um dann den Arbeitskraftnachfragern im Überfluss zur Verfügung zu stehen.

„Dem liegt ein ökonomischer Ansatz zugrunde, der Menschen als humanen Rohstoff auf ihren Erfolg am Arbeitsplatz für das jeweilige Unternehmen reduziert, sie auf diese Weise zu Humankapital degradiert und damit eines Großteils ihres Menschseins beraubt. Sie sollen kompetent sein, das heißt, Probleme jeder Art lösen können, immer bereit, sich selbst zu optimieren, und ihre Kompetenzen der Problemlösung stetig weiterentwickeln.“

Sie sollen flexibel sein, formbar, was nichts anderes meint, als sich jederzeit ohne Widerstand den jeweiligen (unternehmerischen) Bedürfnissen anzupassen. Und um, ohne aufzufallen, quasi unsichtbar ohne eigene Bedürfnisse auszuformen und ohne Probleme zu verursachen, möglichst erfolgreich durchs (Berufs)Leben zu kommen.“

[\(https://die-pädagogische-wende.de/kritik-mehr-denn-je-gefragt/\)](https://die-pädagogische-wende.de/kritik-mehr-denn-je-gefragt/)

Die Arbeitskräftenachfrager, die differenziert zu betrachten sind, wollen aber trotz dieser reduzierten Funktionalität kreative Köpfe, die in einer hochgradig arbeitsteilig organisierten Wirtschaft auch von Nöten sind. Selbst das Handwerk braucht heute Problemlöser auf hohem Niveau, man denke an die Installation von kombinierten Heizungs- und Solaranlagen, hat aber keinerlei Interesse, auskömmliche Löhne zu zahlen, die ja in der betriebswirtschaftlichen Bilanz als Kosten auftauchen (altdeutsch: Löhne senken die Mehrwertrate).

### **Rolle des Staates und Ansprüche „der Wirtschaft“**

Als Ausgleicher bzw. Mediator unterschiedlicher Interessen kommt nur der Staat in Frage. Man kann den Staat als ausgleichende, Interessen austarierende Instanz betrachten oder aber als Funktionsträger der Wirtschaft, was sich in dem schönen Wort „Standortpolitik“ niederschlägt.

Spätestens seit den 1980iger Jahren wurden die Interessen der Unternehmen nach Kostensenkung immer besser umgesetzt. Stichworte mögen hier die Sparprogramme der Länder sein sowie die Abschaffung der Vermögenssteuer.

Wenn nun aber die Steuereinnahmen sinken und betriebswirtschaftliche Kalküle zunehmend die Matrix staatlichen Handelns bestimmen, hat das notwendigerweise Auswirkungen auf die Bildungspolitik, die Gesundheitsfürsorge und die Infrastruktur. Dabei gerät der Staat in einen immer größeren Zielkonflikt.

Einerseits soll er die Wirtschaft am Laufen halten. Dazu bedarf es gut ausgebildeter Menschen (immer wieder hört man von Fachkräftemangel) und ein funktionierendes Verkehrssystem, was den hohen logistischen Anforderungen der diversifizierten Produktion entspricht. Das kostet sehr viel Geld. Andererseits soll er die Gewinn der Unternehmen sichern und Standortvorteile mit subventionierten Arbeitsplätzen und hohen Exportquoten ermöglichen. Auch das verschlingt große Summen.

Ein gut ausgebautes Bildungssystem, was sowohl demokratischen Ansprüchen gerecht wird, als auch den einzelnen Subjekten ermöglicht, ihre qualifizierte Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt anzubieten, erfordert hohe Ausgaben, die beim gegenwärtigen Zustand der Länderfinanzen nur noch eingeschränkt geleistet werden können, wenn andere Aufgaben wie Schuldentilgung, Wettbewerb um Industrieansiedlungen (Chip-Fabriken oder Tesla in Brandenburg) entsprechend höher bewertet werden. Spätestens seit den 2000er Jahren hat sich das Gleichgewicht dieser Staatsmoderation deutlich verschoben. (*Es gibt andere Theorien, die den Staat nicht als Mittler unterschiedlicher Interessen einer Gesellschaft sehen, sondern etwa in der Vorstellung des staatsmonopolistischen Kapitalismus den Staat als ausführendes Organ der wirtschaftlich herrschenden Klasse. Dies kann hier nicht weiter erörtert werden. Vgl. Bohn: Marxistisch Denken, Baden- Baden 2021, insbes. S. 285ff*)

Gleichzeitig wird immer wieder darauf verwiesen, dass die Digitalisierung der Produktion neue Anforderungen an die Subjekte stellen, die als Lohnarbeiter auf verschiedenen Stufen produktiv letztlich Mehrwert erzeugend arbeiten sollen, denen das staatliche Schulsystem in Deutschland nicht mehr gerecht wird, falls man die Klagen der Nachfrager ernst nimmt. Gewünscht ist ein Überangebot von Fachkräften, das hilft, Lohnkosten zu senken, denn ein Unterangebot ermöglicht Lohnabhängigen bestimmter Branchen mindestens temporär höhere Lohnforderungen durchzusetzen, derzeit etwa im IT Bereich.

Die tieferen Ursachen der Bildungsmisere liegen also in der ökonomischen Sphäre. Wird der gesellschaftlich erarbeitete Mehrwert zunehmend privater angeeignet, stehen für gesellschaftliche Aufgaben keine ausreichenden Mittel zur Verfügung. (Der Begriff „ausrei-

chend“ ist kein statischer Begriff, sondern Ausdruck eines zivilisatorischen Anspruchs oder Niveaus.) Einfacher ausgedrückt: Stehen nicht entsprechend Gelder zur Verfügung, ist das Bildungssystem und sind andere Bereiche der Daseinsfürsorge unterfinanziert. Dazu führt Rüdiger Rauls im overtone-magazin aus:

„Geht immer mehr Geld aus den Staatseinnahmen in die Zinsaufwendungen, wird die Regierung Abstriche machen müssen an den staatlichen Leistungen gegenüber der eigenen Bevölkerung, wenn es zu keiner wesentlichen Steigerung der Wirtschaftsleistung kommt. Denn die Alternative wäre die Reduzierung oder gar Einstellung der Zinszahlungen, was dem Zahlungsausfall gleich käme.....

Aber diese Politik diene nicht allein der Verbesserung der Haushaltslage sondern auch einem politischen Ziel: der Erhaltung der privatwirtschaftlichen Ordnung. Das private Unternehmertum als Stütze und Träger der kapitalistischen Ordnung galt es zu schützen beziehungsweise zu fördern. Dieses Handeln befand sich in Übereinstimmung mit dem Denken der gesellschaftlichen Mehrheit, und weil diese Mehrheit so denkt, ist sie auch immer noch bereit, die Nachteile dieses Systems weiterhin zu ertragen.“

[\(https://overtone-magazin.de/hintergrund/wirtschaft/kapitalismus-bis-zum-bitteren-ende/\)](https://overtone-magazin.de/hintergrund/wirtschaft/kapitalismus-bis-zum-bitteren-ende/)

Eine „Studie der Rand Corporation schätzt, dass während der neoliberalen Jahre fast 50 Billionen Dollar an Reichtum von den Arbeitern und der Mittelschicht – den unteren 90 Prozent des Einkommens – an das obere eine Prozent übertragen wurden. Weitere Informationen finden sich in den Arbeiten von Thomas Piketty und Emmanuel Saez, die der politische Ökonom Robert Brenner übersichtlich zusammengefasst hat.“

[\(https://againstthecurrent.org/atc200/economic-turbulence/\)](https://againstthecurrent.org/atc200/economic-turbulence/)

Hier liegt der tiefere Grund für die Misere des unterfinanzierten Staatswesens und damit können die potentiellen Wirkungen von Reformvorschlägen aller Art bewertet werden. Dieses Problem wird durch hohe Rüstungskosten noch verschärft, denn „Kriegskredite“, auch Sondervermögen genannt, müssen zurückgezahlt werden, stehen also für Bildung und Soziales nicht zur Verfügung.

Damit ist klar, dass die Lösung der Probleme weniger in pädagogischen Konzepten, den ungeklärten Zuständigkeiten von Schulträgern und Kultusbürokratien oder an der Gut- oder Unwilligkeit von Politikern liegt, sondern eher in der grundlegend mangelhaften Ausstattung des Bildungssystems zu suchen ist, was Suche nach sinnvollen Konzepten keinesfalls unter den Tisch fallenlassen soll.

**Die Leitfrage lautet für demokratische Bildung lautet:** Wie kann und muss eine Schule finanziert und ausgestattet werden, die humanen Ansprüchen an eine Kinder- und menschengerechte Bildung zu reflektieren hätte, auf dem Niveau eines modernen Industriestandortes mit guten Lebensmöglichkeiten aller Bürger?

Dabei sind die formulierten und nicht eingelösten Ansprüche an Chancengerechtigkeit und Inklusion des Bildungssystems ebenso mitzudenken wie die Veränderungen der Gesellschaftsstruktur, etwa die psychischen Folgen der Verarmungs- und Regressionsprozesse, die vor allem Resultat einer falschen Sozialpolitik und weniger Schuld regressiver Eltern sind.

[https://www.christophbutterwegge.de/texte/\(Kinder-\)Armut%20und%20Sozialstaatsentwicklung.pdf](https://www.christophbutterwegge.de/texte/(Kinder-)Armut%20und%20Sozialstaatsentwicklung.pdf)

„Maßgeblich für die Zunahme der Kinderarmut in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten waren gesellschaftliche Entwicklungsprozesse, die von einer Deregulierung des Arbeitsmarktes über die Pluralisierung der Familienformen bis zu einer von Kritiker\*innen und seinen Hauptnutznießer\*innen als systematische Demontage erlebten Restrukturierung des Sozialstaates ... reichen. Die sich aufgrund einer sozialen Polarisierung im Gefolge der neoliberalen Globalisierung vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich ... hat gerade das Leben junger Menschen entscheidend geprägt.“

<https://link.springer.com/article/10.1007/s12054-020-00344-w>

Statt nun die gesellschaftlichen und individualpsychologischen Folgen zu erörtern, Werner Seppmann spricht in diesem Zusammenhang von „Entzivilisierungstendenzen“, lassen sich viele Akteure auf eine dysfunktionale Debatten etwa um mangelnde Digitalisierung als Ursachen der Misere ein, ohne zu verstehen, dass hiermit eine konzern gelenkte Strategie zur Kostensenkung im Bildungssystem eingeläutet werden soll. Weniger Lehrer, weniger sozialpädagogische Betreuung, stattdessen individualisiertes Abarbeiten von fragwürdigen Lernprogrammen online, bestenfalls noch unter staatlicher Verantwortung, wenn nicht gleich völlig privatisiert, wie es in anderen Ländern bereits der Fall ist. Mit der sogenannten Kompetenzorientierung wurde bereits ein wichtiger Schritt zur Betriebswirtschaftlichung von schulischem Lernen getan, denn diese Kompetenzen lassen sich maschinell auswerten. Derzeit werden sie als Hilfestellung für überforderte Lehrer, etwa von Westermann, beworben und implementiert.

Dem gegenüber steht oftmals ein humanistisches Bildungsideal, ggf. auch ein esoterisches oder religiöses Menschenbild, was zwar partiell gegen ausschließliche Zurichtung auf die Bedürfnisse der arbeitskraftsuchenden Nachfrager gerichtet ist, aber letztlich appellativ bleiben muss, weil es die grundlegende ökonomische Misere des Staatshandelns missversteht.

Anders ausgedrückt: Auch Waldorf- und konfessionelle Schulen haben kein Konzept, die allgemeine Unterfinanzierung des Bildungswesens zu verändern. Es wird für eine bestimmte Klientel gearbeitet, was eine geringe Aufnahme unterprivilegierter Schüler ja nicht ausschließt. Ansonsten versucht man, soviel Staatsgeld wie möglich zu erhalten. Die Schule erfüllt ja in einer Marktwirtschaft sich widersprechende Funktionen: Sie bildet einerseits den Landesverfassungen entsprechend demokratische Teilnehmende der Gesellschaft aus, andererseits muss sie den Nachfragern nach funktionaler Bildung gerecht werden.

### **Rolle der Subjekte, Eltern, Privatschulen.**

Wie verhalten sich nun in dieser Situation die Nutzer bzw. schulpflichtigen Staatsbürger, die mit der Mangelsituation konfrontiert sind, und andere Akteure?

Außer Gewerkschaften und Fachverbänden, die oftmals spezifische (Eigen-)Interessen vertreten, und Elterninitiativen gibt es keine wirkungsmächtigen Akteure, die Einfluss auf die Entscheidungen der Kultusminister und Schulträger ausüben könnten. Allerdings hängt das stark vom Engagement einzelner Akteure, der Finanzkraft der Schulträger bzw. des Bundeslandes und weiteren Bedingungen ab, sodass einzelne Initiativen durchaus Erfolg haben können.

Wirkungsmächtiger sind allerdings kapitalorientierte Akteure, wie die Bertelsmann-, Bosch- und die Hereaus-Stiftung, die von Hessen ausgehend, sogar die Schulleiterausbildung mitorganisiert, sowie „Blended-Learning“ Seminar für Lehrkräfte, „Classroom-Management“ und „Positive Psychologie“ anbieten.

„Mit „QSH“ fing alles an: 2017 starteten wir für das Hessische Kultusministerium mit der Qualifizierung zukünftiger Schulleiter\*innen in Hessen (QSH) – danach folgten Beauftragungen von und Kooperationen mit weiteren Kultusministerien und Landesinstituten. Zielgruppen sind stets Persönlichkeiten im System Schule: Schulleiter\*innen, Lehrer\*innen und Mitarbeiter\*innen von Schulaufsichten. Die Anforderungen an sie werden immer komplexer – fachlich, gesellschaftlich und persönlich. Gemeinsam mit unseren Auftraggebern und Kooperationspartnern unterstützen wir sie dabei mit bedarfsorientierten Qualifizierungsangeboten.“ (<https://heraeus-bildungsstiftung.de/>)

Hier geht es darum, mit geführten, resilienten Lehrern eine „Führungskultur“ in den Schulen zu etablieren, die den privatwirtschaftlichen Zielen genehm ist, um die Schulen und Subjekte nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu optimieren. Die sollen bzw. müssen



nämlich später völlig selbstbestimmt und ggf. divers den Mehrwert hochgradig arbeitsteilig weiter produzieren – im Rahmen der jeweiligen Eigentümer oder Shareholder Interessen.

„Es ist wohl kein Zufall, dass auch der derzeit lauteste Bertelsmann-Kritiker aus dem Bildungsbereich kommt: Josef Kraus, bis 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Streitlustig und streitbar beklagt Kraus einen Verfall des deutschen Bildungssystems, für den er nicht zuletzt die Stiftung verantwortlich macht. Ihre Studien setzt er stets in Anführungszeichen, aber ihm geht es vor allem um das "neoliberale Weltbild", das sich von Gütersloh aus in die deutschen Klassenzimmer verbreite. Bildung werde "herunterdekliniert auf das, was sich in Zahlen pressen und in wirtschaftliche Vorteile ummünzen" lasse. Es sei überfällig, fordert Kraus, der Stiftung den "Heiligenschein des angeblich selbstlosen Impulsgebers" zu nehmen. Auch der Kölner Bildungsphilosoph Matthias Burchardt wirft ihr vor, sich nur vordergründig für Teilhabe und Selbstbestimmung einzusetzen. Tatsächlich propagiere sie das Ideal eines schlanken Staates – und trage maßgeblich zur "Aushöhlung der Demokratie" bei.“

<https://www.sueddeutsche.de/bildung/gesellschaft-und-politik-das-glashaus-1.3899280-2>

Jochen Krautz hat diese Prozesse in „Ware Bildung“ en Detail nachgezeichnet, wenn beispielsweise die Einzelschule über ein eigenes Budget als „selbstständige Schule“ entscheiden kann, die Schulleitungen wie Managementabteilungen arbeiten und die Schüler und Schülerinnen Kunden seien. Stichworte etwa: Wettbewerb, Autonomie und Steuerung.

*(Jochen Krautz: Ware Bildung, Kreuzlingen /München 2007)*

Die mit solchen Strukturen versprochenen „Vorteile“, die beispielsweise in der eigenständigen Gewinnung von Lehrkräften für die Schulen liegen sollen, stoßen jedoch bereits dort an ihre Grenzen, wenn sie mit der Realität regionaler Disparität konfrontiert werden. So führt die unterschiedliche Finanzkraft der Bundesländer schon jetzt dazu, dass ein ungleicher Wettlauf um die nicht ausreichende Anzahl ausgebildeter Lehrkräfte stattfindet.

Der einzelne Lehrer wird versuchen, nicht an einer Brennpunktschule „verbrannt“ zu werden, da seine pädagogischen Mittel nicht ausreichen, auch nur halbwegs demokratischen Ansprüchen gerecht zu werden, oder er muss mühsam lernen, das zu tun, was in seinen Kräften steht. So gelingt bei viel Engagement der Lehrer- und Lehrerinnen, dass das System noch halbwegs funktioniert.

<https://www.bz-berlin.de/archiv-artikel/lehrer-frust-nach-34-jahren-ich-will-nur-noch-raus>

Eltern sind entweder desinteressiert, überfordert oder sie versuchen, ihre Kinder in der Konkurrenz zu stärken. Sei es, dass sie bestimmte Gymnasien präferieren, sei es, dass sie Privatschulen finanzieren. Wie Sie das Ganze rechtfertigen, kann außer Acht bleiben. Auch gibt es reformpädagogisch ausgerichtete Staatsschulen, die teils mit Unterstützung der Schulträger ihre engagierte Klientel bedienen. Nicht zu vergessen sind sogenannte Brennpunktschulen, meist mit hohem Migrantenanteil, die möglichst gemieden werden. Gelegentlich springen Stiftungen oder in den Nähe befindliche Abnehmer von zu qualifizierende Arbeitskräften ein, um potentielle Arbeitskräfte zu sichern und eine völlige Verwahrlosung zu verhindern.

*(vgl. Ralf Wurzacher: Paradies und Resterampe. Private Schulen florieren, öffentliche verkommen. <https://www.nachdenkseiten.de/?p=105507>)*

Es gibt derzeit an fast jeder Schule einen Förderverein, der beispielsweise Mensen betreibt, Sportveranstaltungen ermöglicht oder Kunst und Theater fördert, für das im normalen Schulbetrieb in der Regel das Geld fehlt. Vergleichbares spielt sich im Gesundheitswesen ab, wo die Bundesländer seit Jahren die nötigen Investitionskosten für kommunale Krankenhäuser verweigern, obwohl das gesetzlich vorgeschrieben ist.

<https://overtone-magazin.de/hintergrund/wirtschaft/revolution-im-krankenhauswesen/>

An der unterschiedlichen Schulrealität von Bundesland zu Bundesland, von Stadt zu Stadt, von Stadtteil zu Stadtteil kann die Verwahrlosung des staatlichen Bildungssystems

aufgezeigt und können Gegenstrategien exemplarisch analysiert werden. Nur wenn die mediale Skandalisierung wirkmächtig wird, gibt es Lösungen nach dem Gießkannenprinzip, was für die Einzelschule durchaus sinnvoll sein kann.

[\(https://taz.de/Einstige-Brennpunktschule-in-Berlin/!5531963/\)](https://taz.de/Einstige-Brennpunktschule-in-Berlin/!5531963/)

### **Welche Folgen hat das für Lernende?**

Die Schule tritt dem einzelnen Lernenden gegenüber einerseits als Kontrollregiment, andererseits als Möglichkeitsraum zur Entwicklung seiner Fähigkeiten auf. Es gibt viel zu lernen, um die potentiellen Möglichkeiten eines Lernsubjekts zur Entfaltung zu bringen. Wie oben schon angedeutet, steht allgemeine humane Bildung oft im Gegensatz zu den Interessen der Nachfrageseite, die qualifizierte Arbeitskraft nachfragt. Klaus Holzkamp hatte die zentralen Begriffe: defensives bzw. expansives Lernen herausgearbeitet. Die klassische Schule neigt zum defensiven Lernen, das Lernsubjekt sieht sich fremd gesetzten Anforderungen ausgesetzt, die unter Konkurrenzbedingungen verschärft werden.

Demgegenüber fallen subjektive Interessen oftmals in der Schulrealität mit fest vorgegeben Inhalten und vorgegebenen Stoffmassen herunter. In großen Klassen, irgendwelchen Metastudien zum Trotz, fällt ein Drittel der Schüler hinten runter bzw. kann dem Unterricht nicht folgen, den Stoff nicht bewältigen, gerade im naturwissenschaftlichen Bereich, der aber sehr relevant für die Nachfrager ist. Bei entsprechenden finanziellen Mitteln der Eltern wird dann Nachhilfe organisiert, mittlerweile ein Millionenmarkt.

[\(https://de.statista.com/statistik/daten/studie/192201/umfrage/jaehrliche-gesamtausgaben-fuer-nachhilfe-pro-jahr/\)](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/192201/umfrage/jaehrliche-gesamtausgaben-fuer-nachhilfe-pro-jahr/)

Das Lernsubjekt begreift – zumindest intuitiv – den heimlichen Lehrplan, es lernt täuschen, entwickelt mehr oder weniger kommunikative Fähigkeiten, der Leistungsstand hängt oftmals von der Unterstützung des Elternhauses ab. Ganztags Gesamtschulen, die ein Mindestmaß an Chancengleichheit hätten gewährleisten können, wurden politisch ausgebremst und sind unterfinanziert. Einzelne, gut ausgestattete Vorzeigeschulen widerlegen den Gesamtzustand nicht.

Auf individualpsychologischer Seite kommt der Gebrauch der Spiele-, Gaming-, Musik- und Film Streaming-Industrie hinzu, die zunehmend die Wahrnehmungsweisen von Schülern formen und strukturieren und teilweise Folgen haben, die unerwünscht sind. Schon bei Kleinkindern und Grundschulern führt der Gebrauch digitaler Geräte zu katastrophalen Verheerungen: Es werden hirnpfysiologisch verheerende Deformationen ausgelöst. Prof. Teuchert-Noodt spricht in diesem Zusammenhang von Super GAU für die gesunde Hirnentwicklung von Kindern.

[http://www.aufwach-s-en.de/wp-content/uploads/2017/07/Teuchert-](http://www.aufwach-s-en.de/wp-content/uploads/2017/07/Teuchert-Noodt_2016_umg_4_16_Kinder.pdf)

[Noodt\\_2016\\_umg\\_4\\_16\\_Kinder.pdf](http://www.aufwach-s-en.de/wp-content/uploads/2017/07/Teuchert-Noodt_2016_umg_4_16_Kinder.pdf), HLZ 12/20 S.25/26 mit einem Wisch ist Alles weg.

<https://www.gew-hessen.de/veroeffentlichungen/zeitschriften/hlz-download>

Klaus Petri zieht in der Hessischen Lehrerzeitung (HLZ) ein deprimierendes Fazit:

„Anders als in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts ist das Verlangen von Jugendlichen nach aktiv betriebener, „sinnvoller“ Freizeitgestaltung kaum mehr vernehmbar. Spielotheken, Sportwetten und eine kaum kontrollierbare Flut von Glücks- und Computerspielen suggerieren jungen Menschen eine Parallelwelt aus Glücks- und Erfolgsverheißungen. Auch eine geschickte pädagogische Praxis kann mit diesem „heimlichen Lehrplan“ der kapitalistischen Alltagskultur kaum konkurrieren. Die mit dem grassierenden Medien-Zipp-Zapp einhergehende Reizüberflutung entwapfnet traditionelle pädagogische Methoden und Strategien. Die offizielle Zielvorgabe des schulischen Bildungsauftrags, junge Menschen zu souveränen und verantwortungsbewussten Staatsbürgern zu erziehen, rückt unter diesen Rahmenbedingungen in weite Ferne.“

(HLZ 6/ 23 S.30/31 <https://www.gew-hessen.de/veroeffentlichungen/zeitschriften/hlz-download>)

Zunehmende Individualisierung wird von Schülern auch missverstanden als Freiraum, um sich selbst verwirklichen wollen, statt Ausdauer, Fleiß, Kreativität und Selbstdisziplin mitzubringen bzw. an sich auszubilden. Die Nachfrageseite braucht und will Kreativität

nur im Rahmen ihrer Ziele. Und daraus folgt: Wer zuckerhaltige Getränke vermarktet, dem muss Kindergesundheit egal sein, wer Versicherungen verkauft, darf kein Interesse an der Sicherheit des Kunden haben, sondern soll den Profit des Versicherungskonzerns erhöhen.

Ein Leben als Influencer erscheint Schülern vielleicht angenehmer, als eine Ausbildung zum Verkäufer oder Altenpfleger. Statt eine hohe Anforderungen an Disziplin und Unterwerfung stellende Lehre/ Ausbildung zu absolvieren bzw. sich zunächst einen Ausbildungsplatz zu suchen, wo in Assessment Centern 300 Bewerber um 10 Stellen konkurrieren, Bewerbungsverfahren teilweise ein Jahr im Voraus zu durchlaufen sind, oft neben dem Abitur, scheinen die Verheißungen der viralen Welten vermutlich attraktiver. Hinzu kommt, dass Arbeitskräftenachfrager höchste Ansprüche haben und traditionelle Handwerker ungern Mitbürger mit Namen wie Erdem oder Hülja einstellen.

Kurz: Viele Schüler, die etwa statistisch 4-6 Stunden täglich online sind, ausgebildet in einer völlig unterfinanzierten Schule, können die Anforderungen der Nachfrager nach Qualifikation und Arbeitstugenden kaum erfüllen.

Eine Lösung ist nicht in Sicht, da die meisten Schulen das Problem haben, dass ihnen neben der fachlichen Qualifikation noch sozialpädagogische Aufgaben aufgebürdet werden, ohne die sachlichen und personellen Voraussetzungen zu schaffen bzw. zu gewährleisten. Im günstigsten Fall gelingt bei Überengagement der Lehrkräfte und oftmals saisonal eingestellter Sozialpädagogen eine Verbesserung der Situation zumindest für einen Teil der bedürftigen Kinder.

[\(https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/328806/stigma-brennpunktschule-kein-hoffnungsloser-fall/\)](https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/328806/stigma-brennpunktschule-kein-hoffnungsloser-fall/)

### **Vorschläge der Gewerkschaften**

Grundlegende Vorschläge von Gewerkschaften oder ständischer Organisationen (Alles Gute fürs Gymnasium, Ausbau der MINT Fächer, des Sports, des Kunstunterrichts) gibt es zwar, werden aber aufgrund der chronischen Unterfinanzierung und oft auch bürokratischer Inkompetenz selten flächendeckend umgesetzt.

Es soll hier wiederholt werden, dass es eine Vielzahl von engagierten Akteuren gibt, Lehrerinnen und Lehrer, aktive Eltern, organisiert und unorganisiert, Fachverbände, die für Sport, Kunst und Kultur streiten, engagierte Kultuspolitiker, um das Bildungssystem zu ermöglichen, zu organisieren und zu verbessern.

Stärkste Organisation und Interessenvertretung bleibt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die dabei unterschiedliche Interessen auszugleichen und zu moderieren hat. Gleichzeitig erwarten die Mitglieder, von der Lohnentwicklung nicht völlig abgehängt zu werden. Die spezifischen Probleme, z.B. ökonomischen Druck im tertiären Sektor aufzubauen, Beamtenrecht und die vielen konkurrierenden Bildungsträger können hier nicht vertieft werden. Letztlich scheitert eine grundlegende Verbesserung der Lage immer an den fehlenden finanziellen Mitteln.

<https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/wofuer-zahle-ich-eigentlich-steuern>  
<https://www.gew-hessen.de/details/bildungsgerechtigkeit-durch-gezielte-finanzierung-erhoehen>  
<https://www.gew.de/15-punkte-gegen-lehrkraeftemangel>

Hinzu kommt, dass in Dienstleistungsbereichen teilweise enorme Beharrungskräfte für Privilegien mobilisiert werden, Schulleiter dank Heraeus und Co. als Manager agieren und Chefärzte in Krankenhäusern halbfeudal regieren. Junge, kreative Köpfe werden durch überkommen Strukturen, ausgebremst. Andererseits werden bei Kritik solche Strukturen vor allem marktwirtschaftlich modifiziert. In Krankenhäusern etwa durch Fallpauschalen, die unnötiges oder fragwürdiges Operieren lukrativ werden lässt, während Kreißsäle mangels Gewinnaussichten abgebaut werden.

Um erstklassige, international konkurrenzfähige Ingenieure und Ärzte auszubilden, bedarf es einer mindestens 25-30 jährigen Erziehungs- und Ausbildungszeit. Da kann es

für die Arbeitskraftnachfrager attraktiver sein, diese fertig in Indien, Bulgarien und Rumänien oder Albanien „herstellen“ zu lassen.

„Seit voriger Woche berät das Parlament ein Gesetz, nach dem ausgebildete Ärzte ihr Diplom erst ausgehändigt bekommen, wenn sie 5 Jahre lang am heimischen Patienten gearbeitet haben. Das soll eine frühzeitige Abwanderung unterbinden. Das Gesetz soll am 20. Juli im Eilverfahren beschlossen werden, berichten lokale Medien.“

[\(https://zeitung.faz.net/faz/wirtschaft/2023-07-11/f1948bc6db602291f6b2a1adfa4d989/\)](https://zeitung.faz.net/faz/wirtschaft/2023-07-11/f1948bc6db602291f6b2a1adfa4d989/)

### **Es zeichnen sich mehrere mögliche Szenarien ab:**

1. „Die führenden kapitalistischen Staaten ... taumeln dem finanziellen Zusammenbruch entgegen, wenn sich an den derzeitigen Gegebenheiten nichts ändert. An der Zahlungsverpflichtung für den Schuldendienst führt kein Weg vorbei. Es bleibt ihnen folglich nur, die Ausgaben für die Bevölkerung einzudampfen, oder aber die Wirtschaftsleistung muss in einem Maße gesteigert werden, dass höhere Staatseinnahmen zum Abbau von Schulden und der Verringerung der Zinsverpflichtungen führen.“ Dies ist schon aus ökologischen Gründen kaum machbar, zudem bedeuten Einsparungen bei der Bevölkerung sinkende Realeinkommen und damit ein Einbruch der Binnenkonjunktur.

[\(https://overtone-magazin.de/hintergrund/wirtschaft/kapitalismus-bis-zum-bitteren-ende/\)](https://overtone-magazin.de/hintergrund/wirtschaft/kapitalismus-bis-zum-bitteren-ende/)

2. Das weiter so und die unbedingte Bedienung der Schulden ist die Linie, für die relevante Akteure von CDU, SPD, FDP, AFD (mit neoliberalen Wirtschaftsmodell) und Grüne stehen. Schulden, die „Vater Staat“ in der Vergangenheit machte, müssen den Investoren zurückgezahlt werden. Da die Vermögenden und Kapitalbesitzer in der multinationalen Konkurrenz nicht verärgert werden dürfen („Kapital ist ein scheues Reh“), werden Dienstleistungen weiter privatisiert, auch und gerade im Bildungs- und Gesundheitswesen. Im Bildungsbereich setzen relevante und mächtige Akteure auf die digitalisierte Schule in Konzernhand. Teilweise kann hier auch Gewinn abgeschöpft werden, was die allgemeine Versorgung zusätzlich schwächen wird, da der konsumtive Euro nur einmal ausgegeben werden kann.

Kapital wird immer dort investiert werden, wo es den meisten Gewinn (Mehrwert) verspricht. Die SPD, die zumindest teilweise einen sozialen Anspruch hatte, kann diesen nun gar nicht mehr umsetzen und wird marginalisiert. Die Infrastruktur, Schulen und Krankenhäuser verfallen weiter, möglicherweise werden weitere Teile privatisiert. Post und Telekommunikation wurden ja bereits an Kapitalbesitzer veräußert, dementsprechend wurden die Arbeitsbedingungen und Dienstleistungen verschlechtert und die Gewinne erhöht. Die DB befindet sich zwar noch in Staatshand, wird aber von inkompetenten Managern geführt, die von „der Politik“ nicht kontrolliert bzw. nicht zu ihrem Versorgungsauftrag, ein funktionierendes Bahnsystem in Deutschland zu gewährleisten, gezwungen werden können.

3. Es gelingt „dem Staat“, sich über die Erhöhung von Vermögens- und Gewinnsteuern, Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Besteuerung von Amazon, Google und Co, Erstattung von Cum Ex Geschäften etc., Professionalisierung bzw. Rekonstruktion schlecht geführter Unternehmen, etwa DB, sowie Re-Vergesellschaftung, einen höheren Anteil an der Wertschöpfung der Unternehmen zu sichern. Dann könnten die Schulen und Krankenhäuser angemessen und besser, auch im Interesse der meisten Unternehmen/ Volkswirtschaft, ausgestattet werden. Hier müsste eine einheitliche Politik mindestens in Europa gemacht werden, da sonst die Staaten gegeneinander ausgespielt werden.

(Vgl: *Wie Reiche fünf Billionen US-Dollar hinterziehen können* <https://www.telepolis.de/features/Wie-Reiche-fuenf-Billionen-US-Dollar-hinterziehen-koennen-9235045.html?view=print>)

Ausgaben, insbesondere im Rüstungsbereich müssten gesenkt werden, um Spielraum für soziale Anforderungen des Gemeinwesens finanzieren zu können. Derzeit geschieht jedoch genau das Gegenteil, was weitere Kürzungen in Gemeinwohlbereichen und der Infrastruktur zur Folge haben dürfte.